

Krafsauer Zeitung.

Nr. 44.

Dinstag, den 24. Februar

1863.

Die „Krafsauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafsau 4 fl. 20 Nkr., mit Verschönerung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für die erste Einrückung 7 Nkr., für jede weitere Einrückung 3 1/2 Nkr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelber übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Ämtlicher Theil.

N. 439. pr.

Zu Gunsten der Abbrändler in Mielec sind im Monate Jänner 1863 nachstehende Unterstüßungsbeiträge eingelassen:

Vom k. k. Bezirksamte in Medenice Sterzing	3 fl. —	kr.
Von der k. k. Kreisbehörde in Stanislawów	3	90
Von der k. k. Prätur in Ma	6	—
Vom k. k. Bezirksamte in Kasteleuth (in Tyrol)	1	2
Von der k. k. Prätur in Fondo	6	73 1/2
Vom k. k. Bezirksamte in Olmütz	3	50
„ „ „ Brixen	5	91 1/2
„ „ „ Eibenbüch	3	60
Von der k. k. Statthalterei in Benedig	7	42
Vom k. k. Bez.-Amte in Grottovis	2	—
Von der k. k. Prätur in Arco	—	93
Fondo	2	32
Vom k. k. Bezirksamte in Tschonowis	1	5
Vom k. k. Bez.-Amte in Hohenfurth Aus Königgrätz (von der dortigen k. k. Sammlungsstaffa eingehend)	1	65
Vom k. k. Bezirksamte in Ung. Odrau (Mähren)	1	30
Vom k. k. Bez.-Amte in Nikolsburg	3	—
Von der k. k. Prätur in Trento	2	40
Vom k. k. Bez.-A. in Bogen	18	—
„ „ „ Windschmatra	2	35
„ „ „ Bitten	1	75
„ „ „ Sternberg	3	90
„ „ „ Mistel	11	40
Von der k. k. Statthalterei in Graz	14	30 1/2
Von der k. k. Landesregierung in Salzburg	78	20 1/2
Von der k. k. Prätur in Strigno	1	78
Vom k. k. Bezirksamte in Telfs	3	60
Von der k. k. Prätur in Stenico	1	30
Von der Gemeinde Mädlitz (Bezirk M. Kruman)	—	25
Von der k. k. Prätur in Roveredo	3	14
Von der k. k. Landesregierung in Klagenfurt	2	70
Zusammen	201 fl. 72	kr.
Diezu die früher ausgewiesenen	853 fl. 51	kr.
somit im Ganzen	1055 fl. 23	kr.

öfter. Währung.
Diese Spenden wurden ihrer Bestimmung bereits zugeführt.
Vom Präsidium der k. k. Statthalterei-Commission.
Krafsau, am 15. Februar 1863.

Verordnung des Kriegsministeriums im Einvernehmen mit dem Staats- und Finanz-Ministerium, sowie dem Ministerium für Handel und Volkswirtschaft vom 28. Jänner 1863 *).

über die Einführung der entgeltlichen Belegung der Landesstuten durch die ärarischen Beschäftigten, wirksam für Böhmen, Galizien mit Krafsau, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, die Bukowina, Mähren, Schlesien, Tirol, Vorarlberg und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete.

Im Jahre 1863 findet nur noch in Görzer und Istriener Kreise des Küstenlandes, dann in Dalmatien die Belegung der Landesstuten unentgeltlich statt. In allen übrigen obbezeichneten Ländern wird bloß der vierte Theil der ausgestellten ärarischen Hengste ohne Entgelt decken, während von der übrigen Anzahl sechs Zehntel zur Deckung um die niedrigsten, drei Zehntel um die mittleren und nur ein Zehntel um die höheren und höchsten Sprunggelder bestimmt werden.

Die Sprunggelder werden für Krain, Galizien und Bukowina mit 1, 2 und 3 fl., für die übrigen Kronländer mit 2, 3 und 4 fl. und nur für einzelne besonders werthvolle Hengste in einem höheren Betrage festgesetzt.

Das bezifferte Deckgeld ist nicht für jeden Sprung, sondern für die Stute bemessen, und im Falle diese den Hengst öfter annimmt, finden die Nachsprünge bis zur höchsten Anzahl von sechs unentgeltlich statt. Dem Züchter bleibt es unbenommen, für seine Stute, wenn sie nach dem dritten oder vierten Sprunge nicht befruchtet sein sollte, einen anderen in der Station befindlichen Hengst zu begehren.

Ist für diesen neu gewählten Hengst ein niedrigeres oder dasselbe Sprunggeld festgesetzt wie für den ersten, so ist für die obige höchste Anzahl noch gebliebener Nachsprünge keine weitere Belegtare zu entrichten.

Im Falle aber für den zweiten Hengst das Sprunggeld höher bemessen wäre, hat der Züchter bloß jenen Betrag zu erlegen, welcher nach Abschlag der bereits gezahlten zur Ergänzung der neuen höheren Belegtare entfällt.

In den Beschälstationen wird über jeden dort aufgestellten Landesbeschäler eine vollständige Beschreibung der Abstammung mit Angabe des für jeden Einzelnen festgesetzten Sprunggeldes zur Einsicht der Züchter vorliegen.

Die Belegzettel für unentgeltlich deckende Hengste bleiben in ihrer bisherigen Form unverändert und sind von weißem Papiere; jene für die gegen Sprunggeld deckenden Beschäler sind verschiedenfarbig, und zwar: für das Sprunggeld von 1 fl. roth, für das Sprunggeld von 2 fl. blau, für das Sprunggeld von 3 fl. grün und für jenes von 4 fl. aufwärts gelb. Die Belegzettel für die gegen Sprunggeld deckenden Hengste werden von Seite der Hengstendepots mittelst eines Verzeichnisses, nach Umständen entweder dem Ortsvorstande oder dem Vorstande der ausgeschiedenen ehemals guttherrschaftlichen Gebiete, wo solche bestehen, zur Aufbewahrung und Verrechnung übergeben.

Wenn also der Züchter bezüglich des Hengstes, durch welchen er seine Stute gedeckt haben will, die Wahl getroffen hat, verfügt er sich zu dem mit der Aufbewahrung der Belegzettel betrauten Individuum, erhebt dort gegen Ertrag der für den gewünschten Hengst entfallenden Sprungtare den Belegzettel und übergibt diesen am Belegplatze dem Unterofficier, welcher gehalten ist, in demselben den wirklich verrichteten Sprung durch Eintragung des Datums, dann durch Beifügung der Unterschrift zu bestätigen und das fragliche Document wieder an den Eigenthümer mit dem Bedeuten zurückzustellen, daß selbes bei allenfalls nöthig werdenden Nachsprüngen jedesmal mitzubringen sei, um als Beweis für die geleistete Zahlung zu dienen und weil die Nachsprünge ebenfalls eingetragen werden müssen.

Beim stattfindenden Wechsel des Hengstes muß der frühere Belegzettel dem mit der Aufbewahrung dieser Zettel betrauten Individuum behufs der nöthigen Verrechnung wieder zurückgegeben werden — und letzterer hat die Anzahl Sprünge, welche die betreffende Stute durch den früheren Hengst schon bekommen, auch auf dem neuen Zettel vorzumerken.

Damit aber nicht mehr Zettel verabsolgt werden, als an einem Tage Stuten gedeckt werden können, wird der Beschälstationsleiter jeden Morgen dem Ortsvorstande oder dem sonst mit der Aufbewahrung der Belegzettel betrauten Individuum beauftragt geben, welche Hengste nach dem für jeden Einzelnen festgesetzten Ausmaße an diesem Tage zum Sprunge zugelassen werden.

Im Falle an einem Tage mehrere Züchter denselben Hengst verlangen sollten, kann nur der sich zuerst Gemeldet hat berücksichtigt werden, während die übrigen nach der Reihenfolge ihrer Anmeldung auf die nächst nach einander folgenden Tage bestellt werden, wovon der Stationsleiter jedesmal auch den das Controlgeschäft mit den Belegzetteln besorgenden Ortsvorstande oder den Vorstand der ausgeschiedenen ehemals guttherrschaftlichen Gebiete verständigen wird.

Wenn der auf einen gewissen Tag bestellte Züchter bis zur bestimmten Stunde nicht am Belegplatze erscheint, muß er sich gefallen lassen, erst dann wieder an die Reihe zu kommen, wenn der fragliche Hengst neuerdings disponibel wird. — Die Posten-Offiziere der Hengstendepots werden bei jedesmaliger Visitation der Station die noch vorhandenen Belegzettel nachzählen und das eingegangene Geld gegen Bescheinigung behufs weiterer Abfuhr in Empfang nehmen. — In jenen seltenen Fällen, wo in einer oder der anderen Beschälstation die Belegzettel aus was immer für Gründen dem Ortsvorstande zur Aufbewahrung nicht übergeben werden können, bleiben obige Zettel nach der bisherigen Gepflogenheit in den Händen des Beschäl-Stationenleiters, und es haben sich die Züchter in einem derlei Falle nur an diesen allein zu wenden.

Graf Degenfeld m. p. Feldzeugmeister.
Ritter v. Lasser m. p.
v. Plener m. p.
Graf Wickenburg m. p.

Er. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 12. Februar d. J. die Gründung des Vereines „Krafsauer Gesellschaft in Graz“ unter Genehmigung der Statuten desselben allergnädigst zu bewilligen geruht.
Er. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-

schließung vom 17. Februar d. J. die an der Wiener Kunstacademie erledigte Professur der Malerei dem Historienmaler Karl Nath allergnädigst zu verleihen geruht.

Er. Eminenz der Cardinal-Fürstbischof von Wien hat mit Allerhöchster Genehmigung Sr. k. k. Apostolische Majestät den Director der fürstbischöflichen Consistorialkanzlei in Wien, Johann Berger, zum Ehrenodenherrn des Metropolitanatkapitel zu St. Stephan in Wien ernannt.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat die Wahlen des David Sigmund zum Präsidenten und des Franz Reich zum Vice-Präsidenten der Handels- und Gewerbetammer in Graz für das Jahr 1863 bestätigt.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 24. Februar.

Einen neuen Gesichtspunkt bei Beurtheilung der preussischen Militär-Convention mit Rußland stellt die „Neue Frankfurter Zeitung“ auf. Sie macht darauf aufmerksam, daß dieselbe nicht nur unbedingt die völkerrechtlichen Grundsätze über Neutralität verletze, sondern auch das nichtpreussische, das Gebiet des deutschen Bundes bedrohende Gefahren hervorruft. „Dürfen“, sagt sie, „russische Truppen den Boden Schlesiens betreten, so ergibt es sich von selbst, daß, wenn die Insurrection in Polen sich nur einigermaßen zu behaupten vermag, die Aufständigen das preussische Gebiet nicht als ein neutrales ansehen, sondern dasselbe so oft verlesen werden, als es ihnen vortheilhaft scheint. Daß der Bonapartismus unter Umständen die oben gedachte Convention als Neutralitätsbruch qualificiren wird, läßt sich ohnehin nicht bezweifeln. Die preussische Regierung hat sich also durch jene Convention eine Verletzung des Geistes der Bundesacte, welche „Erhaltung der innern und äußern Sicherheit“ fordert, und eine Verletzung des Geistes und Wortlautes der Wiener Schlussacte zu Schulden kommen lassen. Im Artikel 36 der letztbezeichneten Urkunde verpflichten sich die Bundesstaaten, ihre sämtlichen im Bunde begriffenen Besitzungen gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen. Dagegen sind die einzelnen Bundesstaaten verpflichtet, von ihrer Seite keinen Anlaß zu dergleichen Verletzungen zu geben.“ Indem solcher Anlaß von Seiten des Berliner Cabinets dennoch gegeben wurde, hat dasselbe bewiesen, daß es sich über die klaren und unzweideutigsten Verpflichtungen des Bundes ebenso hinwegsetzen zu dürfen vermeint.

Ein Berliner Corresp. der „Frankf. Postztg.“ sieht in dem Auftreten des Ministeriums v. Bismarck in der polnischen Angelegenheit den Versuch, zu einer Allianz Preußens mit Rußland zu gelangen. Da bisher alle Allianzbestrebungen in London und Paris an dem Umstande scheiterten, daß diese Cabineten dormalen Preußens als Bundesgenossen in den großen internationalen Conflicten weder bedürfen, noch Lust haben, die Annexions- oder Mediationspolitik dieses Staates auch nur um Haarsbreite zu fördern, vielmehr auf das Einvernehmen mit Oesterreich schon wegen der Lage der Dinge im Osten den größten Werth legen, so glaubt man jene Annahme für sicher halten zu dürfen. Man behauptet, Herr v. Bismarck calculire: Rußland kann leicht in den Fall kommen, aufständische Bewegungen auch noch außerhalb der polnischen Grenzen bekämpfen zu müssen. Die Bundesgenossenschaft Preußens muß ihm daher wenigstens erhebliche moralische Vortheile bringen, wenn man auch das militärische Einschreiten dieser Nachbarmacht zur Zeit nicht verlangt, da es das russische Ansehen lähmen würde. Aus Rücksichten auf Oesterreich wird wohl Rußland die dargebotene Hand Preußens nicht zurückweisen und wenn es dadurch die innere Ruhe des Reichs aufrecht halten kann, auch wieder dem preussischen Allirten bei dessen Plänen main forle leisten. Ist einmal die jegige Isolirung Preußens durch die Allianz beseitigt, so wird man mit den jetzigen Verfassungskrisen im Innern leicht fertig werden. Das sind die Auslegungen der neuesten Schritte des jetzigen Cabinets und daraus erklärt sich der energische Widerstand des Abgeordnetenhauses gegen die Cooperation der preussischen Truppen in Polen.

Der „R. Z.“ wird aus Berlin geschrieben: Daß Herr v. Bismarck zu seiner Interventions-Politik durch die Militär-Partei sich fest bestimmen lassen, ist nicht begründet. Herr v. Bismarck, von jeher ein hochfrüher Vertreter der Allianz mit Rußland, hat diese Politik aus eigenem Antriebe, allerdings unter sehr lebhafter Zustimmung der Militär-Partei ergriffen. Daß gegenwärtig in dieser Politik ein gewisser Rückschlag eingetreten ist, läßt sich nicht verkennen. Der bezeichnete Rückschlag dürfte auch daraus zu folgern sein, daß die Kriegsbereitschaft, in welche mehrere Truppentheile des Garde-Corps und des 3. Arme-

Corps gesetzt werden sollten, in eine Marschbereitschaft umgewandelt, und daß die beabsichtigte Heranziehung der zum 1., 2. und 5. Armeekorps gehörenden und in Mainz, Rastatt und Luxemburg garnisonirenden Füsilier-Regimenter zu ihren Corps stiftet worden ist.

In Paris, schreibt man der „R. Ztg.“, ist man entschlossen, die Stimmung der öffentlichen Meinung zur Absendung einer Note nach Berlin zu benutzen, um gegen die Militär-Convention vom europäischen Gesichtspunkte aus und als eine Verletzung der Neutralität Preußens zu protestiren. Es ist wahrscheinlich, daß Herr Drouyn de Lhuys sich vor der Hand an den Grafen v. d. Goltz wenden werde, und die beabsichtigte Note soll erst nach Berlin gesandt werden, nachdem ein kaiserlicher Adjuvant daselbst ein eigenhändiges Schreiben Napoleons III. überreicht haben werde. Auch von einer Sendung des Prinzen Napoleon nach Berlin ist die Rede gewesen, aber alles das sind eben Gerüchte. Thatsache ist bisher bloß die Protestation. Nach anderen Pariser Berichten ist, nachdem am 18. d. Früh Lord Cowley eine Besprechung mit Drouyn de Lhuys gehabt und Nachmittags ein Ministerrath stattgefunden, die Note der französischen Regierung nach Berlin abgegeben, in welcher die preussische Regierung auf die Gefahren einer Intervention in Polen in freundschaftlich-erster Sprache aufmerksam gemacht wird. In Bezug auf diesen Zug herrscht, fügt man hinzu, zwischen den Cabineten von London und Paris vollkommenes Einverständnis; weniger soll dies der Fall sein in Bezug auf die Haltung, welche einzunehmen, wenn dieser Schritt vergebens sei. Die französische Regierung soll durch den Baron Gros über die Zweckmäßigkeit eines Congresses haben anfragen lassen, während Lord Cowley hier sich für eine gemeinschaftliche, auf diesen einen Punkt beschränkte Action der drei anderen Großmächte ausgesprochen hätte. (Vergleiche unten Paris und Neueste Nachrichten).

Der Londoner Corresp. des „Moniteur“ sagt heute, die Nachricht von Preußens Hilfsbereitschaft in Polen habe in England die lebhafteste Mißbilligung hervorgerufen, „als eine Thatsache, die ganz geeignet ist, einen Theil der vom Krimkriege glücklich gelösten Schwierigkeiten wieder zu beleben“, dagegen habe Oesterreichs Weigerung, sich jener Politik anzuschließen, den besten Eindruck gemacht.

Die „Allg. Ztg.“ läßt sich aus Turin, 13. Februar, melden: Pulszky, der, obgleich mit einer ministeriellen Empfehlung versehen, während des Belagerungszustandes in Neapel verhaftet wurde, ist reichlich mit Geld versehen nach Polen abgereist; Klapka und andere Ungarn folgen ihm.“ Kossuth dagegen warnt die hervorragenden Mitglieder der ungarischen Emigration, sich der polnischen Insurrection anzuschließen, da sie keinen Erfolg verspreche.

Nach Berichten der Norddeutschen Allgemeinen Ztg. aus Schweden scheinen die Sympathien, welche sich dort für Polen äußern, nicht jeder praktischen Unterlage zu entbehren. Wie es heißt, wirkt eine ansehnliche Partei darauf hin, den Aufstand in Polen für einen Versuch zur Rückgewinnung Finnlands auszubenten. Einem Gerücht zufolge wären in Finnland schon unruhige Bewegungen ausgebrochen. Dies bedarf allerdings sehr der Bestätigung, aber die Thatsache steht fest, daß in Finnland Agitationen in diesem Sinne stattfanden. Ueber die Gefahren, welche eine finnische Schilderhebung im gegenwärtigen Moment für Rußland haben würde, bedarf es keines Nachweises.

Wie der Posener Corresp. der „Ostf. Z.“ versichert, hat die aristokratisch-meritale Partei außer dem erwähnten Aufruf unter der Ueberschrift: „Stimme eines polnischen Patrioten an die Aufständigen“, der seit einigen Tagen in der Provinz Posen und in Polen in Tausenden von Exemplaren verbreitet wird, an den Erzbischof von Feliński in Warschau die dringende Aufforderung gerichtet, zur Beruhigung der Gemüther einen Hirtenbrief zu erlassen und darin namentlich zur Niederlegung der Waffen zu ermahnen.

Der von der Mailänder „Alleanza“ mitgetheilte Brief, in welchem der Paps die Bewohner Galiziens von der Theilnahme an dem polnischen Aufstande abmahnt, wird jetzt als unecht bezeichnet.

Nachdem alle Candidaten für den griechischen Thron entweder abgelehnt haben oder abgelehnt worden, bietet man denselben nun dem Prinzen Adalbert von Baiern an, gegen den keine Macht etwas einwenden wird, der aber nicht zur griechischen Kirche übertreten will.

Die Frankfurter „Europe“ vom 22. veröffentlicht den Inhalt einer Note des Cardinals Antonelli

*) Enthaltend in dem am 19. Febr. 1863 ausgegebenen VII. Stücke des R. G. Bl. unter Nr. 18.

an Msgr. Chigi, vom 14. Februar erlassen, um die Mißverständnisse aufzuklären, welche den Mittheilungen Ddo Ruffells an die englische Regierung entsprungen. Die Note schließt mit der Anzeige, daß der Cardinal-Staatssecretär künftig jede Beziehung zu Ddo Ruffell ablehne, aus welcher gefolgert werden könne, daß die päpstliche Regierung letzteren mehr als Privatcharakter zuerkenne.

Graf Usedom ist, wie aus der „italienischen“ Hauptstadt gemeldet wird, dort eifrig bemüht die intimsten Beziehungen herzustellen und von dort aus den russischen Zorn über die Turiner Politik bezüglich der Polen zu beschwichtigen. Indessen häuslich hat er vorsichtshalber sich doch nicht eingerichtet, seine Familie ist noch in Frankfurt.

Wie der „A. A. Z.“ als Gerücht aus „diplomatischen Kreisen“ am Rhein gemeldet wird, steht Baden im Begriff König und Königreich von Italien anzuerkennen. Das Großherzogthum wünscht dadurch seine Bundesreihe zu befestigen, denn es heißt man wüßte diese Anerkennung deshalb plötzlich zu betreiben, weil der sardinische Gesandte, Hr. v. Faral, seinen Wohnsitz in Karlsruhe und Baden nehmen will, da für ihn die Nichtanerkennung Italiens durch den Bund fortwährend mit Inconvenienzen verbunden sei. Auf handelspolitischen Gebieten zu Diensten Frankreichs, auf politischem zu Diensten Sardiniens — diese Stellung erscheint jedenfalls für den vielgepriesenen süddeutschen „Musterstaat“ über alle Maßen würdig.

Die „Darmstädter Zeitung“ druckt den auch von uns erwähnten Artikel der Wiener „Presse“, betreffend den Uebertritt Darmstadts in das preussische Lager, ab, und erklärt sich ermächtigt, den Inhalt im Wesentlichen für erfunden zu erklären.

Aus Ecuador ist in Paris ein Deputirter eingetroffen, der allen Ernstes den Kaiser um sein Protectorat für diese Republik bitten will; auch an sonstigen Anlässen zu Einmischungen in Südamerika fehlt es nicht; so beschwerten sich Forey sowohl wie Ferri de la Graviere fortwährend über die von Peru ausgehende Waffenzufuhr nach Mexico.

Zur Schulfrage in Galizien.

(Schluß.)

Die Nummern VIII bis XV bilden den dritten Abschnitt des Aufsatzes und füllen die Zeit vom 3. 1854—1859 mit unaufhörlichen Klagen aus. Gegenstand des Sammelgeschreyes ist die vermeintliche Nichtbeachtung der Majestätsverordnung vom 4. Dezember 1854. Der Herr Verfasser hat das Tarnower Gymnasium (er scheint mit den Verhältnissen nur dieser Lehranstalt bekannt zu sein) zum Sündenbock gemacht und zu seinem Steckenpferd sich auserkoren, und ruft aus voller Kehle: ex uno casu disce omnes. Angenommen nun, daß der im X. Artikel geschilderte Zustand des Tarnower Gymnasiums wirklich statt fand, was zum Theile besonderen Umständen, auf die wir weiter unten eingehen werden, zugeschrieben werden muß, so ist es ebenso Thatsache, daß die übrigen westgalizischen Gymnasien, mit Einschluß des Krakauer Ober-Gymnasiums, in Gemäßheit der Allerhöchsten Verordnung vom 4. December 1854 eingerichtet wurden und diesen Charakter mit etlichen durch Zeitumstände gebotenen Modificationen bis nunzu bewahren. Wie gierig aber der argusaugige Herr Verfasser nach Beschwerdegründen spähet, jeden Unstimmigkeit ergreift, die Sprachenfrage zum Nachtheil der Regierung auszubenten, beweist u. A. der in Artikel X enthaltene Tadel, daß man an ostgalizischen Gymnasien zur Bearbeitung eines Aufsatzes in polnischer Sprache den Abiturienten nur 3 Stunden Zeit lasse, während dem deutschen Aufsatz 5 Stunden vergönnt werden. Diese Erscheinung steht wieder vereinzelt da, und wird, wie wir vermuthen, dem Samborer Gymnasium zur Last fallen. Hiedurch aber geräth der Herr Verfasser in Widerspruch mit der Theses, die er so scharf vertheidigt; wenn es wahr ist, daß die deutsche Sprache einem polnischen Jüngling so viele Schwierigkeit bietet und daß nur der Strom vaterländischer Gedanken so reichlich fließt, so ist es ganz natürlich, daß der Abiturient den Aufsatz in der Muttersprache eher zu bewältigen im Stande ist, als den in der deutschen. Der ganze Vorwurf ist überhaupt so minutiös, daß er der Abhandlung eher Eintrag thut, statt sie zu stützen und zu kräftigen. Die Aufsichtspflicht, deren sich der Herr Verfasser in seinen Commentarien bedient, geht auch und um so heller aus der XI. Nummer hervor. Hier kehrt er seine unbarmherzige Geißel gegen die Anordnung des Krakauer Ober-Gymnasiums, wornach die deutsche Unterrichtssprache bezüglich der Weltgeschichte vor allen in den drei obersten Klassen Eingang fand. Die Reform, heißt es, war naturwidrig, weil sie von oben her in's Werk gesetzt wurde. Wir erlauben uns die Frage zu stellen, was der „Gzas“ gesagt haben würde, wenn man also die Geschichte von den untersten Klassen deutsch zu lehren angefangen hätte? Daß der Herr Verfasser über das entgegengesetzte Experiment sein „Woh!“ gerufen hätte, ist aus dem XII. Artikel deutlich zu ersehen. Bei dieser Betrachtung können wir uns nicht versagen, des alten Spruches: Incidit in Scyllam qui vult vitare Charybdin zu erwähnen. Den XII. Artikel wollen wir voll Schauder vor den Schrecknissen des jüngsten Tages, die uns der Herr Verfasser schildert, mit Stillschweigen übergehen, müssen jedoch bemerken, daß es mit der Zuteilung der Schüler in die mit deutscher Unterrichtssprache eingerichteten Parallellklassen doch nicht wie ein dies irae ausgefallen haben mochte, weil sich im Laufe von mehreren Jahren in den polnischen Zeitungen keine Stimme dagegen erhob. Zwar wurde in dieser Be-

ziehung ein einziges Mal in den Tagesneuigkeiten des „Gzas“ ein Angriff auf die Direction gemacht. Da jedoch auf die Erwiderung des Directors keine Replik erfolgte, so muß sie wohl grundbärtig gewesen sein, da sonst die interessirte Partei es nicht unterlassen hätte, auf eben demselben Wege die Begebenheit in's klare Licht zu setzen.

Der 4. Abschnitt, die Nummern XVI bis XX stellen die Allerhöchste Entschliessung vom 20. Juli 1859 mit dem Unterrichtsministerialerlaß vom 8. August 1860 zusammen und interpretiren beide zu Gunsten der Landessprachen einzelner Kronländer. Da uns die Motive des Unterrichts-Ministerialerlasses, deren Inhalt der Majestätsverordnung restringirt und die Tragweite desselben abgekürzt haben soll, nicht bekannt sind, so können wir darüber kein Urtheil aussprechen; glauben jedoch, daß es mit der Verantwortlichkeit des Ministeriums unvereinbar ist, den Erlassen der Regierung, zumal den Majestätsverordnungen einen ihnen fremdbliebenden Sinn und eine unnatürliche Deutung zu unterthun.

Die übrigen Artikel hängen mit einander etwas lockerer zusammen, da jede einzelne Nummer einen anderen Gegenstand sich zum Ziel setzt. Der Artikel XXI. spricht den Deutschen die Fähigkeit ab, die Erziehung polnischer Knaben auszuüben. In dieser Beziehung können wir nur auf unsere bezüglich der Ausbildung des Lehramtes durch deutsche Lehrer auf polnischen Schulen eben ausgesprochene Anschauung verweisen und nur bemerken, daß viele polnische adeliche Häuser ihren Söhnen französische Erzieher verschaffen; die doch naturgemäß für ihre Zöglinge, für das Land nicht das gleiche Interesse, die gleiche Theilnahme haben können, als österreichische durch das gemeinsame Vaterland häufig durch verwandte slavische Abstammung dem Herzen der polnischen Schüler näher gebrachte Lehrer und deren Zahl in Galizien gewiß viel größer ist, als es die der deutschen Lehrer je gewesen.

In den Nummern XXIII. und XXIV. kommt der Hr. Verfasser auf die Gymnasiallehrsupplenten zu sprechen. In Galizien machte sich seit jeher ein großer Mangel an geeigneten Lehrkräften fühlbar. Diesem Umstand ausschließlich ist es zuzuschreiben, daß am Tarnower Gymnasium seit dem Jahre 1855 mehrere Lehrfächer an der Landessprache unfundige Lehrer übergingen. Im Jahre 1865 verlor diese Anstalt drei wirkliche Lehrer durch Beförderung an Gymnasien erster Classe ohne in Galizien hinlänglichen Ersatz finden zu können. Diesen Mangel an Lehrkräften stellt der „Gzas“ nicht in Abrede, nur macht er wieder die Regierung dafür verantwortlich. Im Vordergrund der bezüglichen Anschuldigungen steht die precäre Stellung der Supplenten. Bekanntlich; bezieht ein Lehrsupplent 60 Procent von dem mit dem supplirten Posten verbundenen firen Gehalte. Der „Gzas“ befürwortet den Bezug des ganzen Gehaltes, weil, wie er sagt der Supplent eben dasselbe leistet, was ein wirklicher Lehrer. Auch abgesehen davon, daß diese Maßregel gegen jedes Billigkeitsprincip verstößt würde, wenn ein angehender Lehramtsandidat jung, ledig, sorgenfrei, materiell eben so gestellt würde, wie ein im Schulstaube grau gewordener Lehrer, dem überdies meistens die Erhaltung mehrerer Familienmitglieder obliegt; so sind wir auch bezüglich der Leistungen eines Supplenten ganz der entgegengesetzten Ansicht. Der Hr. Verfasser scheint den Satz: si duo faciunt idem, non semper est idem, sich nicht gegenwärtig gehalten zu haben. Wir können nicht zugestehen, daß ein junger Lehrsupplent, ohne gehöriges Maß von Fachkenntnissen, ohne pädagogische Erfahrung, ohne methodische Routine, dasselbe leisten werde, was ein um das Lehrfach bereits verdienter Lehrer. Bei allem dem ist es uns bekannt, daß den Schulbehörden die Heranbildung des galizischen Lehrstandes am Herzen liegt und daß in dieser Beziehung kaum eine andere Regierung so große Munificenz übt als die österreichische fortwährend befundet. Während jeder andere Staatsdiener mit einem Adjutum vom 315 fl. zu dienen anfängt, bezieht ein Gymnasialsupplent wenigstens 441 fl. und wird, falls man mit seiner Verwendung nur halbwegs zufrieden war, nach etlichen Jahren auf Staatskosten, d. i. mit Belassung der Substitutionsgebühr auf eine Universtität entsendet, um ihm die Ablegung der Lehramtsprüfung zu ermöglichen. Fähigere Supplenten, die sich unmittelbar zur Prüfung melden, erhalten Krisevergütung oder Geldsubventionen unter andern Titeln wodurch der Nachtheil des Abganges einer zweiten Prüfungscommission des Landes bedeutend gemildert wird. Doch dies Alles ist dem Hr. Verfasser zu wenig. Seine Tendenz überall wo nur möglich durch üble Nachreden die Regierung oder ihre Organe verhaßt zu machen, geht auch aus dem Artikel XVII. deutlich hervor. Hier wird die Maturitätsprüfungs-Commission in Krakau an den Pranger gestellt, weil sie etlichen Praecliten ungeachtet lückenhafter Kenntnisse in der polnischen Sprache das Zeugniß der Reife zuerkannt hat. Wenn der Hr. Verfasser mit den Verhandlungen der Prüfungs-Commission vertraut ist, so möge er uns gefälligst Antwort geben, ob nicht auch vielen anderen Abiturienten ungeachtet lückenhafter Kenntnisse in der deutschen Sprache oder einem anderen obligaten Gegenstand dennoch das Zeugniß der Reife zu Theil geworden ist. Und doch fiel es ihm nicht ein, zu jammern, daß die Forderungen herabgedrückt werden, und Gefahr vorhanden sei, die geistigen Kräfte der Jugend der Erschlaffung preiszugeben. Nur in Bezug auf die polnische Sprache, in welcher doch in Galizien durch Privatfleiß Jedermann die ihm noch fehlenden Kenntnisse nachträglich leicht ersetzen kann, sei schonungslose Strenge auszuüben!

Wir haben nur noch des in der Nummer 28 hart mitgenommenen Ministerialerlasses zu erwähnen. Der „Gzas“ findet eine Inconsequenz in der Formulirung

desselben, da das Ministerium einerseits in Berücksichtigung des vom Lehrkörper des Krakauer Ober-Gymnasiums gestellten Antrages den mathematisch-naturwissenschaftlichen Lehrfächern die polnische Sprache verstatete, andererseits dem Lehrkörper die Ausstellung machte, der Agitationspartei nachzugeben zu haben. Wir sind zwar mit dem Inhalte des gedachten Erlasses nicht bekannt, und können darüber ein kompetentes Urtheil nicht abgeben, doch glauben wir eher, daß das Vorgehen des Lehrkörpers und nicht die ministerielle Weisung Mangel an Consequenz verrieth; denn wenn es Thatsache ist, was Nummer XI zur Sprache bringt, daß von Seiten des Krakauer Gymnasiums im Jahre 1854 der Antrag ausging, die besagten Gegenstände in deutscher Sprache zu lehren, so kann man es nur inconsequent nennen, wenn bald darauf für dieselben Gegenstände an demselben Gymnasium die polnische Sprache verlangt wird. Da ferner dieser Antrag der Zeit nach mit anderweitigen Agitationen im ganzen Lande zusammenfiel; so finden wir es ganz natürlich, daß das Ministerium mit Hinblick auf die im 3. 1854 geltend gemachten Motive in dem Antrag vom Jahre 1860 nicht so sehr die maßgebende Ueberzeugung des Lehrkörpers als vielmehr den Einfluß der Agitation wahrzunehmen glaubte.

Damit schließen wir unsere Erwiderung auf die feindseligen Artikel des „Gzas“ über die Unterrichtssprache in Galizien ab, und fügen nur noch hinzu, daß wenn auch die Schulbehörden der Berechtigung der polnischen als Unterrichtssprache verwendet zu werden einigen Abbruch zu thun sich bemüßigt sehen, so geschieht dies im Zusammenhange mit der Organisation aller Aemter und Behörden, für welche eine genaue Kenntniß der deutschen Sprache unentbehrlich ist. Der Staat hat das Recht und die Pflicht gegenüber der Bevölkerung, der Justiz in der Administration tüchtige Ausübungsorte zu verschaffen, der Staat übt dieses Recht und diese Pflicht auch bezüglich der Studirenden aus, weil nur auf diese Art der Schuljugend ihre künftige Existenz, ihr Fortkommen und ihre Beförderung gesichert werden kann. Und da die polnische Jugend im täglichen Verkehr sich ihrer Muttersprache bedient, sonst keine Gelegenheit hat, über die deutsche Sprache in Wort und Schrift die nöthige Herrschaft zu erlangen; so müssen ihr, um zum Ziele leichter zu gelangen, in der Schule etliche Gegenstände in der deutschen Sprache zugewiesen werden. Diese Ansicht theilen, diese Nothwendigkeit fühlen mit uns Eltern und Vormünder der schulbesuchenden Jugend, was der „Gzas“ (s. Art. XXIII) nicht in Abrede stellt, wiewohl er es sich nicht versagen konnte, auf die Schwäche der um die Zukunft ihrer Kinder besorgten Eltern anzuspielen und ihnen die Fleischtöpfe der ägyptischen Sklaven vorzuhalten. Wenn aber der „Gzas“ die Versorgung der Jugend — höheren Rücksichten nachgesehen wissen will, so soll er gerade der Jugend das Studium der deutschen Sprache mit allem Ernste ans Herz legen, der Sprache, die hervorragend durch ihren Wortreichtum, kräftig durch ihre vollendete Entwicklung, erhaben durch ihre Literatur ist. Die herrlichen Geistesproducte der Deutschen haben schon viele polnische Gelehrte angeleitet, den Schatz der deutschen Literatur in die polnische hinüberzutragen, haben sogar, um des Johann Nepomuk Kamiński und anderer nicht zu erwähnen, den gefeierten Dichter Mickiewicz für Nowy Rok, Don Carlos, Rekawiczka, Podrózny, Wzwanie do Neapolu und mehre Fragmente seiner Dziady begeistert. Endlich erlauben wir uns die Meinung auszusprechen, daß der Herr Verfasser sich um die Jugend, um seine Landleute viel verdienter machen würde, wenn er, statt seine geübte Feder zu dem Zwecke zu mißbrauchen, um Mißtrauen gegen die Anordnungen der Schulbehörden in den Herzen der Jugend zu wecken, die Vernunft zu schwächen und endlich Verklümmung und Unzufriedenheit im Lande zu säen, auf eine kluge besonnene Art mit Mäßigung seine ira et studio, wie er es verspricht, seine Wahrnehmungen und Ansichten, Reformvorschlüge u. dgl. zur allgemeinen Kenntniß bringen würde. Die Regierung ist gewiß geneigt, vernünftigen Stimmen und billigen Wünschen Gehör zu schenken.

Landtags-Angelegenheiten.

Die neuesten tel. Landtagsberichte lauten: Prag, 21. Febr. In der heutigen Landtags-Sitzung wurde die Specialdebatte über den Entwurf des Landes-Hypothekengesetzes fortgesetzt und die §§. 5—17 nach dem Antrage der Commission angenommen. §. 5 bestimmt die Bildung des Reservefonds von 1 Mill., §. 11 die Höhe des Zinsfußes: 9 Percent. Unter dem Einlauf befinden sich: der Antrag Strahe und Genossen auf Herstellung neuer Eisenbahnen in Böhmen. Nächste Sitzung Montag.

Ein, 21. Febr. Berichte des Petitions- und Finanzausschusses. Angenommen wurden u. A. folgende Anträge: Das Staatsministerium sei zu erlauben, den für forst- und feldpolizeiliche Strafgeleider erliegenden Betrag pr. 12.080 fl. (bei der Landes-hauptkassa) dem Landtage zu Landesculturzwecken zur Verfügung zu stellen. Das Finanzministerium wolle in der nächsten Session des Reichsrathes einen Gesetzentwurf vorlegen, wodurch die zeitliche Befreiung von der Gebäudezins- und Klassensteuer bei Neubauten auf Städte und Ortschaften des flachen Landes ausgedehnt werde. Das Staatsministerium ist zu bitten, daß eine Revision des Heeresergänzungsgesetzes im verfassungsmäßigen Wege erwirkt, die Militärdienstzeit auf 6 Jahre herabgesetzt, nebstbei aber die zweijährige Reservepflicht beibehalten bleibe.

*) Wir glauben auch die Kinder und Söhne deutscher Beamten verdienen Berücksichtigung, oder ist bei solchen Kindern etwa der bewußte Schlag vor den Kopf vollkommen in der Ordnung?

Graz, 21. Febr. In der heutigen Landtags-Sitzung begründet Wamißch seinen neuerlich eingebrachten Antrag auf Revision des Staatsvertrages mit der Südbahn. Die Regierungsvorlage bezüglich der Grundbücher wurde einem Ausschusse von sieben Mitgliedern überwiesen. Waser berichtet über den Antrag Rechbauer bezüglich der Schwurgerichte. Der Antrag des Ausschusses wird mit großer Majorität dahin angenommen: Der Landtag erkennt die Schwurgerichte für Steiermark im hohen Grade wünschenswerth und die Reform des Civilprozesses mit Mündlichkeit und Oeffentlichkeit, ferner die Reorganisation der Gerichtsverfassung als dringendes Bedürfniß des Landes und stellt auf Grund s. 19 der Landesordnung den Antrag: Die Regierung wolle dem Reichsrathe vorlegen: eine Strafprozessordnung mit Schwurgerichten, Gesetzentwürfe über Reformirung des Civilprozesses mit Mündlichkeit und Oeffentlichkeit und über Organisirung der Justizbehörden. Ferner wurde beschlossen: Geldstrafen, welche in Folge Uebertretung des Forst- und Feldschußgesetzes entrichtet werden, haben in den Landesfond zu fließen. Der Landes-ausschuß wird mit der Vorlage eines Jagdgesetzes für Steiermark in der nächsten Session beauftragt. Nach Schluß der öffentlichen folgt eine geheime Sitzung. Nächste öffentliche Sitzung Montag.

Klagenfurt, 21. Febr. Heute begann die Berathung des Gemeindegesetzes. Das Comité beantragt, sich gegen die Auscheidung der Gütsgebiete und Bildung der Bezirksgemeinden auszusprechen. Die Minorität des Comité's behält sich vor, bei der Specialdebatte abändernde Anträge bezüglich der Herstellung des Heimatrechtes, des Wirkungskreises der Gemeinden und directe Wahl des Vorstehers einzubringen. Die Generaldebatte wird Montag fortgesetzt.

Laibach, 21. Febr. Der Antrag des Grafen Auersperg auf festliche Begehung des 26. Februar wird einhellig angenommen. Der Antrag des Landesauschusses auf Erlass für den infamirten Provinzialfond wird an den Finanzausschuß gewiesen. Der Antrag des Landesauschusses auf Aufhebung der Prohibierung wurde angenommen. Dr. Thoman beantragt eine Petition wegen Einführung von Schwurgerichten für Verbrechen und durch die Presse begangene strafbare Handlungen im Wege einer neuen Strafprozessordnung.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 9. Februar.

Der Herr Staatsminister Ritter v. Schmerling hat seine Abreise nach Prag auf heute Abend festgesetzt.

Nach Berichten aus Siebenbürgen wird der Jahrestag der Verfassung in Hermannstadt und in den meisten größeren Städten daselbst feierlich begangen werden.

In Folge eines Gnadenactes Sr. Majestät des Kaisers wurde dem Redacteur des „Kikirik“ Herrn D. F. Berg der Rest seiner Strafzeit nachgesehen und ist derselbe noch gestern Abends in Freiheit gesetzt worden.

Deutschland.

Die Berliner „Montags-Zeitung“ schreibt: Der Kronprinz wird gegen Ende dieser Woche nach London abreisen und dort spätestens am 3. März eintreffen. Die Rückkehr nach Berlin erfolgt am 14. März, da das kronprinzliche Paar wie sämtliche Mitglieder der königlichen Familie zur Säcularfeier des 17. März in Berlin zusammen sein werden. — Die Hoberbedsche Resolution auf Protest gegen eine Convention Preußens mit Rußland wird von Seiten der vier liberalen Fractionen: Fortschritt, linkes Centrum, parlamentarischer Verein und Fraction Vinke einstimmig angenommen werden, so daß zur Zeit nur noch die Katholiken und Feudalen dagegen sind. Erstere unterhandeln noch und es ist die Zustimmung wenigstens eines Theils der Fraction fast gewiß; der Zutritt der Polen ist selbstverständlich und damit eine Majorität vorausichtlich, welche der für die N. U. und Nichtigkeitserklärung des Herrenhaus-Beschlusses vom 11. October v. J. ziemlich gleichkommen dürfte. — Die in Culm und Graudenz verhafteten Polen sollen wegen Hochverrath angeklagt werden. Der Justizminister hat den Gerichts- = Assessor Graf Reventlow mit der Voruntersuchung betraut. Derselbe ist bereits nach Culm abgereist. — Dem jüngsten Besuche des Herzogs von Braunschweig am hiesigen Hofe wird eine politische Bedeutung beigelegt. Derselbe stand lange Zeit auf gespanntem Fuße mit dem hiesigen Hofe und pflegte auf seiner Durchreise hier nur zu übernachten. Seine jetzige Anwesenheit wird mit der Frage über die Zukunft Braunschweigs in Verbindung gebracht.

Am 17. März wird vom Könige in Berlin der Grundstein zu einem Denkmal Friedrich Wilhelms III. gelegt werden. Das Denkmal soll im Lustgarten vor dem Museum seinen Platz finden, und in den großartigen Dimensionen als Seitenstück zu Rauchs Friedrichs-Monument ausgeführt werden: in der Mitte das Reiterstandbild des Königs, umgeben von den Standbildern der Blücher, York, Gneisenau, Tauengien, Scharnhorst, Bülow, Hardenberg und Wilhelm v. Humbold. Der Bildhauer Albert Wolff ist mit der Ausführung betraut.

Die seit mehreren Monaten ruhenden Befestigungsarbeiten am Dannewerk sollen noch im gegenwärtigen Monate wieder aufgenommen werden. Ein darauf bezüglicher kriegsministerieller Befehl ruft augenblicklich in den Händen des in Flensburg stationirten maßgebenden Geniecommandos.

Frankreich.

Paris, 20. Februar. Im vorgestrigen Ministerrath...

Italien.

Das "Giornale di Napoli" meldet, daß der in sardinischen Diensten stehende Oberst Poniatki...

Berichten aus Neapel zufolge hatte sich die Intendantur des Theaters San Carlo in Folge einer polenfreundlichen Kundgebung veranlaßt gefunden...

Rußland.

Ueber den Kampf in Mieschów bringt der "Dziennik Powsz." in beiden uns gestern zugleich zugekommenen Nummern vom Freitag und Sonnabend Folgendes...

In der Sonnabendnummer heißt es: Der Angriff erfolgte mit Tagesanbruch am 17. d. Einige Tage zuvor war die russische Garnison bedeutend durch Entsendung einer vom Fürsten Bagration geführten Abtheilung geschwächt worden...

Die G. Def. Ztg. theilt einen Brief eines Militärs mit der die Niederlage der Aufständischen in Mieschów leicht erklärt. Dieser Brief ist aus "Bochnia, 16. Febr." datirt und lautet: "Es ist fast unbegreiflich, wie fast ganz Europa bei der Nase herumgeführt wird..."

Der "N. Z." wird aus Warschau gemeldet: Gestern wurde wieder der Zug auf der Warschau-Wiener Bahn von einigen Hundert Insurgenten angehalten...

haben alle Leute. Mit solchen Führern und solchen Mitteln ist wenig auszurichten, und man muß sich nur wundern, daß die Russen solchen Kräften gegenüber...

Aus Szczałowa, schreibt man der L. Z., wurden am 19. und 20. d. auch schon Güter zu Wasser von hier aus nach Polen verladen, es sind dies meist nur Approvisionirungs-Gegenstände, welche dringend benötigt werden...

Der militärische Plan der Insurrection, von Mieroslawski entworfen und vom Centralcomité in Warschau angenommen, theilt sich, wie wir in den "N. N." lesen, in drei besondere Phasen, d. h.: 1. In die Ansammlung und Concentrirung kleiner Insurgentenbanden...

Die Nachricht vom Tod Frankowski's bestätigt sich. Er hatte 4 Wunden erhalten, zwei leichtere an den Füßen, aber eine Kugel, die durch die Rippen gedrungen und ein Bajonnetstich in die Brust führten seinen Tod herbei.

Der "N. Z." wird aus Warschau gemeldet: Gestern wurde wieder der Zug auf der Warschau-Wiener Bahn von einigen Hundert Insurgenten angehalten; die aus 100 Mann Militär bestehende Escorte wurde entwaffnet und aus den Waggons geworfen...

Türkei.

Fuad Pascha's erste Haltung als Kriegsminister ist, laut der "France", die gewesen, daß er die von seinem Vorgänger verfügte Truppen-Aushebung rückgängig gemacht hat.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 23. Februar.

Gestern Nachmittags wurde einem Reisenden auf der Fahrt vom Bahnhofe in die Stadt ein Reisetöcher mit Effecten vom Wagen gestohlen. In einer Stunde darauf war schon der Dieb sammt den Effecten und heute Morgens auch der gedranbte Koffer zu Stande gebracht.

ihnen einen Merkstempel auf den Weg zu geben. Andere wurden arreirt.

In der am 21. Februar abgehaltenen Jahresversammlung des galizischen Sparcassiv-Vereins wurde Graf Krafft einstimmig zum Director für weitere 6 Jahre gewählt.

Der Doppler, Mitglied der Hofoper in Wien ist in Lemberg angekommen, um die Oper "Wanda", die nächsten gegeben wird, selbst zu dirigiren.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Breslau, 23. Februar. Amtliche Notirung. Preis für einen preuß. Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silbergr. -- 5 fr. 6 fr. W. außer Agio: Weißer Meizen von 72 -- 76. Gelber 70 -- 75. Roggen 51 -- 53. Gerste 39 -- 42. Safer 24 -- 27. Erbsen 45 -- 50. Wintererbsen (für 150 Pf. brutto) -- -- Sommererbsen 214 -- 248 Sgr. -- Rother Kleesaamen für einen Zollgr. (89% Wiener Pf., preuß. Thaler (zu 1 fl. 57 1/2 fr. östr. W. außer Agio) von 8 -- 16% Thlr. Weißer von 8 -- 19 1/2 Thlr.

Lemberg, 21. Februar. Holländer Dukaten 5.43 1/2, Gold 5.51 1/2 Waare. -- Kaiserl. Dukaten 5.45 -- G. 5.52 -- W. Russischer halber Imperial 9.42 G. 9.55 -- W. Russischer Silber-Rubel ein Stück 1.81 1/2 G. 1.84 -- W. Preussischer Courant-Thaler 1.70 1/2 G. 1.71 1/2 W. Polnischer Courant pr. 5 fl. -- G. -- W. Gal. Pfandbriefe in östr. Währ. ohne Coup. 77.78 G. 78.75 W. Galizische Pfandbriefe in Conv.-Währ. ohne G. 81.75 G. 82.75 W. Galiz. Grundentlastungs-Obligationen ohne Coup. 73.18 G. 73.90 W. National-Anleihen ohne Coup. 81.75 G. 82.75 W. Galiz. Karl Ludwigs-Eisenbahn-Actien 217. -- G. 218 1/2 W.

Krakauer Cours am 23. Februar. Neue Silber-Rubel Agio fl. p. 107 verlangt, fl. p. 105 1/2 gezahlt. -- Poln. Banknoten für 100 fl. östr. Währ. fl. poln. 390 verl., 384 bez. -- Preuss. Courant für 150 fl. östr. W. Thaler 87 1/2 verl., 86 1/2 bez. -- Neues Silber für 100 fl. östr. Währ. 115 -- verl., 114 -- bez. Russische Imperials fl. 9.58 verl., fl. 9.43 bez. -- Napoleond'ors 9.24 verl., 9.09 bez. -- Vollwichtige holländ. Dukaten fl. 5.60 verl., 5.50 bez. -- Vollwicht. östr. Rand-Dukaten fl. 5.60 verl., 5.50 bez. -- Polnische Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. p. 100 1/2 verl., 99 1/2 bez. -- Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in östr. Währ. 79 -- verl., 78 -- bez. -- Galiz. Pfandbriefe nebst l. Coup. in östr. Währ. fl. 83 -- verl., 82 -- b. -- Grundentlastungs-Obligationen in östr. Währ. fl. 75 -- verl., 74 -- bez. -- National-Anleihen vom Jahre 1854 fl. östr. Währ. 81 1/2 ver., 80 1/2 b. -- Aktien der Carl Ludwigs Bahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. östr. Währ. 219 -- verl., 217 -- bezahlt.

Lemberger Lotto-Ziehung am 21. Februar. 85 39 84 42 12

Neueste Nachrichten.

Gestern und heute wurden abermals von Militär-Patrouillen bei Szczałowa und Krzeszowice 6 flüchtige Insurgenten betreten.

In Uscie Jezucie wurde, wie man uns mittheilt, die österreichische Zollcassa ihres glücklich-herweise geringen Inhalts von 700 fl. durch unbekannte Diebe beraubt. Diese Veranlassung gab zu dem gestern hier circulirenden Gerüchte Veranlassung, die Russen hätten wie früher in Ulanów, so nun bei Uscie solne die österreichische Grenze überschritten und die Avarialcassa beraubt.

Den Berichten des "Gaz" vom Kriegsschauplatz in Polen entnehmen wir Folgendes: Langiewicz ist im schnellen und kühnen Marsche von Staszow über Ratow in nordwestlicher Richtung bis unweit Kielce (südlich von der Stadt) am 20. d. vorgerückt und wie es scheint auf die Westseite der Kielce-Mieschower Chaussee hinübergezogen. Während des Marsches soll er eine Abtheilung russischer Truppen zerprengt haben. Weiter westlich zwischen Drocyno und Przed-borz befand sich Jeziorański mit 1500 Insurgenten, dessen weitere Operationen unbekannt sind. Eine andere Abtheilung stand rechts von der Warschau-Wiener Eisenbahn, vorgestern verbrannten hier die Insurgenten mehre Brücken, so daß die Communication unterbrochen war. 1000 Russen unter Oberst Dostrowski stehen seit 3 Tagen in Ostus, wohin 21. d. aus Skala über Suboszowa mit 1000 Mann Bagration abgegangen, nach Zurücklassung von 500 in Skala und kleiner Patrouillen, die mit Landleuten ein Vorwerk bei Piaskowa Skala geplündert. Eine zweite russische Colonne soll von Czestochau aus in Wolbrom angelangt sein. Eine fünfte Abtheilung steht in Mieschow. Im Kalischer Gub. stehen zahlreiche Insurgenten-Abtheilungen unweit Kolo und Konin, letzteres ist jedoch nicht eingenommen, sondern fast in Belagerung gehalten. In Kujawien unweit Wloclawek auf dem linken Weichselufer unlängst ein Gefecht stattgefunden hat. Reisende aus Lublin versichern, daß Frankowski noch lebt. Alle Aerzte aus Lublin pflegen ihn aufs Sorgfältigste. Seine Wunden sind gefährlich, die Kugel noch im Körper. Sein Bruder Johann, seit Mai in der Warschauer Citadelle verhaftet, ist jetzt zu 20 Jahren in die sibirischen Bergwerke verurtheilt. Die 2. Nummer der "Nachrichten vom Kampfplatze" und die 12. Nummer des "Ruch" sind in Warschau erschienen; in ihm steht die Ernennung Langiewicz's zum General.

Wie man der "Schl. Z." aus Myslowitz, 22. d., schreibt, sollen die Insurgenten den von ihnen besetzten Theil zwischen Czestochau, Ostus und der preussischen Grenze längs Granica, Modrzejow und Sosnowice verlassen haben; sicher sei wenigstens, daß in Dabrowa, wo sie ihr Lager aufgeschlagen hatten, keine Aufständischen mehr vorhanden sind. Die Russen sollen bereits diese Gegend besetzt haben. Wohin die Aufständischen sich gewendet haben, darüber fehlen verlässliche Mittheilungen. Einzelne von den Insurgenten, die auf Nebenwegen sich entfernten, will man hier gesehen haben. Es ist gewiß, daß die Kälte sie entmutigt hat und hauptsächlich, daß die vielen jungen Leute, die sich in ihren Reihen befinden, den Strapazen nicht gewachsen sind. Dies bestätigten Reisende aus Krakau und weiterhin. -- In dem hienächst gelegenen Städtchen Modrzejow sind die russischen Adler wieder an Stelle der polnischen angebracht, ebenso die russischen Beamten zurückgehert. Die "Gen.-Corr." meldet: Die in Kozjarna weilenden flüchtigen russischen Zoll- und Salzbeamten

sind am 18. d. von Zawichost aus aufgefordert worden, binnen einer bestimmten Frist auf ihren Posten sich einzufinden, widrigens sie als Abtrünnige oder als Insurgenten behandelt werden würden.

In Warschau wird Generalmajor Graf Adlerberg jun. erwartet als Ueberbringer der kaiserlichen Befehle in Beziehung auf die Abberufung des Militär-Gouverneurs Baron Ramsay. Derselbe soll durch den General der Infanterie Grafen Berg ersetzt werden, früher Gouverneur von Finnland, eine bekannte militärische und diplomatische Persönlichkeit.

Kassel, 23. Februar.

Die "Morgenzeitung" vernimmt, daß die Eisenbahn von Bebra nach Fulda und Hanau vom Kurfürsten genehmigt ist und auf Staatskosten ausgeführt wird.

Paris, 22. Februar.

"France" versichert, es werde zu Gunsten Polens an den Senat eine Petition gerichtet werden. Diese Petition, von ansehnlichen Männern verfaßt, wird Anlaß zu einer Discussion geben, in welcher die Regierung ihre Meinung bekannt geben wird.

"Patrie" meldet: Graf v. d. Goltz wurde vorgestern in Audienz vom Kaiser empfangen.

Paris, 23. Februar. Der heutige "Constitutionnel" bringt folgende Note: Man soll sich über die außerordentliche Bewegung verwundern, welche durch die Nachricht über den Abschluß des Vertrages zwischen Preußen und Rußland an der Börse hervorgerufen wurde. Die Journale haben wohl übertriebene Befürchtungen erweckt. Bis jetzt hat die französische Regierung nichts gethan, als sich mit dem Londoner Cabinet zu verständigen um zu wissen, was unter diesen Umständen zu thun sei.

London, 23. Februar. "Times" meinen, die polnische Frage würde durch Preußen zu einer allgemein europäischen, Frankreich dürfte diese Gelegenheit am Rhein ausbeuten.

"Daily News" spricht von der Wiederherstellung Polens. Sämtliche Journale verdammen Preußen auf das Gröblichste.

Turin, 22. Februar. (Nachts.)

"Movimento" schreibt: Der Zustand Garibaldi's fährt fort sich zu bessern. Mit Hilfe der Krücken promenirt er auf der Insel bis zum Meeresstrand. Sein Gedanke ist immer auf Polen gerichtet. Er schrieb dem General Corte, Mitglied des Hilfscomités für Polen, daß er die Bildung dieses Comités billige.

Die in Mailand und Florenz zu Gunsten Polens abgehaltenen Meetings waren sehr zahlreich besucht. Der Vorschlag, die zu Schaden gelangten polnischen Familien zu unterstützen, wurde mit Enthusiasmus aufgenommen.

London, 21. Februar.

Der "Austral-Asian" brachte Nachrichten aus Amerika vom 11. Februar: Die Expedition Forsters ist in Port-Royal angekommen. Unionistische Regier-Regimenter haben in Georgia und Florida einrückend, siegreiche Gefechte bestanden. -- Wegen Ankunft eines Regier-Regiments hat der englische Consul in Charleston von Russell den Befehl erhalten, nach Havannah zu gehen. Sumner beantragt im Senate die Anwerbung von 300,000 Negern.

Athen, 22. Februar.

Freitag gab Kanaris seine Entlassung. Bulgarin und Ruppös bildeten ein neues Ministerium: Kalligas, Neuperes; Kondos, Inneres; Chaya, Finanzen; Artemis, Krieg und Marine; Balbis, Justiz; Kyriakos, Ackerbau und Unterricht. Die Nationalversammlung bestätigte daselbe mit 101 gegen 77 Stimmen. Samstag Erhebung gegen Bulgarien, Ruppös und ihr Ministerium. Dieselben nahmen ihre Entlassung. Die provisorische Regierung existirt nicht mehr. Die Nationalversammlung wird das Ministerium und den Präsidenten ernennen.

Neueste Ueberlandpost.

Mittels Lloyd-Dampfers mit Nachrichten aus Calcutta vom 22., Singapore, 23., Batavia, 14. und Hongkong, 15. Jänner in Trieste am 22. Februar eingetroffen.) Auf Sava heftige Erdschütterungen, Stürme und vulkanische Ausbrüche. In Peking herrscht fortwährend freundschaftliches Einvernehmen zwischen den Einheimischen und den fremden Behörden. Ein Project zu einer Eisenbahn von Tien-Tsin nach Peking wurde angeregt. In Hanow soll eine Handelskammer errichtet werden. Der Vicokönig von Canton wurde nach der Provinz Kweichow beordert, um die französischen Entschädigungsansprüche wegen der Ermordung zweier Missionäre auszutragen. Die beabsichtigte chinesisch-englische Expedition gegen Nanking ist aufgegeben.

Telegraphische Wiener Börsen-Kurse

Durchschnitts-Cours in östr. Währung. Vom 23. Februar. Effecten. 5 pCt. Metalliques 75.10 -- 5 pCt. National-Anlehen 81.60 -- Bankactien 811 -- Creditactien 219. -- Wechsel. Silber 115. -- London 116.40 -- R. f. Münz-Dukaten 5.55

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Woczek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 24. Februar.

Angekommen sind: Hotel de Saxe: Die Herren Gutsbesitzer: Karl Godtfred, Nestor Weydt und Alabert Buranosi aus Polen. Johann Kozhanowski und Zydzislaw Majzel aus Galizien. Hotel Poller: Die Herren: Felix Giesewski, Gutsbesitzer, aus Polen. Stanislaus Wierzbinski, Gutsbesitzer, aus Polen. Theodor Micowski, Techniker, aus Warschau. Jakob Groß, Fabricant, aus Wiala. Franz Szeligowski, Güterverwalter, aus Bator. Hotel zum weißen Adler: Die Herren: Stanislaus Radziejowski, Gutsbesitzer, aus Polen. Alexander Baron Kozubowski, Gutsbesitzer, aus Galizien. Die Damen: Franziska Hubicka und Barbara Chronowska, Gutsbesitzerinnen, aus Galizien. Abgereist sind: Hotel de Saxe: Heinrich Lunan, Gutsbesitzer, nach Polen. Hotel Poller: Die Herren Gutsbesitzer: Karl Bogawski, nach Galizien. Franz Jawornicki, nach Polen. Hotel de Barsovie: Herr Stanislaus Krejter, Gutsbesitzer, nach Mieschow.

Kundmachung.

Nr. 3684. (134 3) Durch das Erlöschen der Karbunkelkrankheit unter den Pferden im Königreiche Polen findet sich die k. k. Statthalterei-Commission veranlaßt, den freien Verkehr mit Pferden und davon herkommenden Handelsartikeln aus Polen zu eröffnen. Krakau, am 13. Februar 1863.

Nr. 4502. (136. 2-3) Die k. k. Schlesiſche Landesregierung hat sich durch den Kinderpest-Ausbruch zu Pisarzowice im Wadowicer Kreise veranlaßt gefunden, die Abhaltung von Viehmärkten jeder Gattung in den Bezirken: Bielitz, Skotschau und Jablonka einzustellen; was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird. Von der k. k. Statthalterei-Commission. Krakau am 19. Februar, 1863.

Nr. 3808. (135. 2-3) Die bisher bestandene Beobachtungsfrist für Großhornviehtriebe aus der Wallachei wurde wegen der sehr ungünstigen Nachrichten über den Gesundheitsstand des dortigen Viehviehes in Siebenbürgen auf 20 Tage erhöht; was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird. Von der k. k. Statthalterei-Commission. Krakau, am 13. Februar 1863.

Nr. 4303. (145. 1-3) Unter einer zu Kalusz in Dstgalizien eingetauften und mittelst Eisenbahn von Przemysl bis Oświęcim transportirten 61 Stück zählenden Ochsenherde des Johann Gorniak ist zu Pisarzowice im Wadowicer Kreise am 2. d. M. die Kinderpest ausgebrochen, und es wurden von derselben 12 Stück befallen, von denen 3 umstanden und 9 franke nebst den übrigen heidenverdächtigen erschlagen wurden. Da von den obbezeichneten Mastochsen, welche vor schriftmäßig in abgeordneten Stallungen unterbracht waren, kein Stück am Leben verblieb und die Desinfections-Maßregeln allfogleich in Angriff genommen wurden, so läßt sich erwarten, daß die Seuche keine weitere Verbreitung nehmen werde. Was mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, daß die Viehmärkte zu Kenty, Willamowice, Biata und Oświęcim aus Anlaß dieser Seuche eingestellt wurden. Von der k. k. Statthalterei-Commission. Krakau, am 18. Februar 1863.

Nr. 2644. (143 1-3) Aus Anlaß der Wahrnehmung, daß zufolge der Ereignisse in Polen viele Fremde in Krakau ihren Aufenthalt nehmen, ohne daß sie rechtzeitig gemeldet werden, sieht sich die Behörde veranlaßt, in Erinnerung zu bringen, daß Jeder, der einen Fremden aufnimmt, verpflichtet ist, hierüber mittelst der vorgeschriebenen Meldzettel bei der Polizei-Direktion die Anzeige binnen 24 Stunden zu erstatten, Einkehr- und Gastwirth aber gehalten sind, die Meldungen noch am Tage der Ankunft des Fremden zu veranlassen. Die k. k. österreichische Regierung bietet zwar bereitwillig in ihren Staaten den Schutzsuchenden ein Asyl, sie verlangt aber auch von denselben die genaue Beobachtung der bestehenden Vorschriften. Die in Krakau ohne Reisedokumente anwesenden Fremden werden daher aufmerksam gemacht, daß sie zur vorgeschriebenen Meldung und Bewerbung um eine Aufenthaltskarte bei der Polizei-Direktion verpflichtet sind; widrigens die Unterhandgeber für die Anwesenheit der Meldungsbeschränkten sich Geldstrafen von 5 bis 100 Gulden, die Nichtgemeldeten aber allen weiteren hiemit verbundenen üblen Folgen aussetzen. Die der Uebertretung der falschen Meldung Schuldigen werden überdieß nach dem §. 320 lit. e des Strafgesetzbuches behandelt. Von der k. k. Polizei-Direktion. Krakau, am 20. Februar 1863.

Nr. 2644. (129. 3) Ces. król. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia p. Aleksandra Bzowskiego z miejsca pobytu niewiadomego, że przeciw niemu, przeciw Aaronowi Nebenzahlowi i Rozie Grünspanowej Wiktorya Bzowska wniosła pozew do L. 23397/62 o wyjecie z pod egzekucyj zajątch i oszacowanych jej własności będących ruchomości w dobrach Wiercany w dniu 27 Sierpnia 1862 w skutek uchwały tu-tejszego Sądu z d. 19 Sierpnia 1862 l. 15837 celem zabezpieczenia od p. Aleksandra Bzowskiego Rozie Grünspanowej przynależnej sumy wekslowej 500 zlr. uskutecznionej, a później na zaspokojenie Aaronowi Nebenzahlowi od p. Aleksandra Bzowskiego należącój się sumy wekslowej 345 zlr. w. a. rozciągniętej w zadatwieniu tegoż pozwu ustanowiony został termin podług postępowania ustnego na dzień 10 Marca 1863 o godz. 10 zrana. Gdy miejsce pobytu pozwanego wiadomem nie jest, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego, równie na koszt i niebezpieczeństwo tegoż tutejszego Adwok. p. Dra. Bielsadeckiego z substytucją p. Adw. Dra. Korcekiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie. Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nego zastępcy udzielił — lub wreszcie innego

zameldowania, ulegną nadto postępowaniu według §. 320 lit e ustawy karniej. Z c. k. Dyrekyi Policyi. Kraków, dnia 20. Lutego 1863.

L. 22638. (132. 2-3) Edykt. C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem Panią Annę ze Starzewskich Onyszkiewiczową w imieniu własném, tudzież jako prawonabywczynię Jędrzeja Starzewskiego Jana i Maryanny małżonków Lewickich, dalej Stefana czyli Szczepana Zawalkiewicza, obojga jako spadkobierców Aleksandra Starzewskiego, Julianny Starzewskiej, Eudoksyi Maryi czyli Maryanny dwojga imion Starzewskiej, Heleny Zawalkiewiczówny, Konstantego Zawalkiewicza i Eudoksyi ze Strzelbickich lmo voto Starzewskiej, 2 voto Zawalkiewiczowej, nakoniec Michała Onyszkiewicza wszystkich z miejsca pobytu i życia niewiadomych, a w razie śmierci onychże ich spadkobierców i prawonabywców również z miejsca pobytu i życia niewiadomych, że na prośbę pana Piotra Hypolita 2 imion i Katarzyny małżonków Wydrychiewiczów z dnia 29 Listopada 1862, N. 22638 c. k. Sąd krajowy Lwowski uchwala z dnia 30 Grudnia 1862, N. 22638 zawezwany został celem polecenia tabuli krajowej galicyjskiej a) przy sumach 9500 zlp., 7500 zlp., 3800 zlp., 1000 zlp., 3054 zlp., dalej 107 zlp. 24 gr., 135 zlr. 20 kr. w. w., tudzież 1139 zlp. 4 gr. 1. sol. w stanie biernym dóbr Koła Tynieckiego dom. 115, pag. 158 n. 4, 5, 6, 18 on., dom 64. pag. 313, n. 14 et 52 on i dom 177, pag. 445 n. 98 on. ubezpieczonych, tudzież b) przy sumach 2000 zlp., 1000 zlp., 3913 zlp. i 135 zlr. 20 kr. w. w. na onych pod a) wyznaczonych sumach instr. 89 pag. 104, n. 1 on., instr. 89, pag. 105, n. 2 et 3 on., instr. 89, pag 106, n. 5 on. ubezpieczonych — zanotowała, iż p. p. Hipolit Piotr 2 imion i Katarzyna małżonkowie Wydrychiewiczowie względem wykreślenia wymienionych sum z wszelkiemi przynależnościami i odnośnemi pozycjami ze stanu biernego dóbr Koła Tynieckiego w c. k. Sądzie krajowym Krakowskim dnia 29 Listopada 1862, do L. 22599 przeciw powyżej wymienionym pozew wytoczyli. Z powodu niewiadomego pobytu wyżej wymienionych pozwanym uchwala do N. 22638 ex 1862 ustanowionemu dla nich kuratorowi Adwok. p. Dr. Geisslerowi doręcza się. Kraków, dnia 30 Grudnia 1862.

3. 11736. (133. 3) Edikt. An Josef Mucharski recte Haczek in Groß-Gheln (Preußen). Nachdem Josef Mucharski, recte Haczek, Sohn der Eheleute Martin und Agnes Haczek z Sporysz (politischer Bezirk Saybusch) Kronland Galizien am 19. März 1835 geboren, röm. kat. Religion im Jahre 1847 seinen Geburtsort ohne behördliche Bewilligung verlassen und seither unbefugt zu Groß-Gheln im Königreiche Preußen sich aufhält, wird derselbe hiemit aufgefordert, binnen drei Monaten vom Tage als ihm gegenwärtiges Edikt zugestellt wird — gerechnet, bei seiner Zuständigkeitsbehörde, dem k. k. Bezirksamte in Saybusch sich einzufinden und über die ihm zur Last gelegte unbefugte Abwesenheit zu rechtfertigen; widrigens ihm die Folgen des a. h. Auswanderungspatentes vom 24. März 1832 unmaßsichtlich treffen würden. Von der k. k. Kreisbehörde. Wadowice, am 14. Februar 1863.

Nr. 2332. (142. 1-3) Concurs-Kundmachung. Das von der Wadowicer Stadtgemeinde im Jahre 1842 ursprünglich mit 50 fl. CM. oder 52 fl. 50 kr. öst. W. gestiftete Handstipendium kommt aus Anlaß des Zuwachses an Interessen vom II. Semester des Schuljahres 1863 angefangen in dem erhöhten Betrage von jährlichen Sechszig (60) Gulden öst. W. wieder zu besetzen. Zum Genusse des obigen Stipendiums sind berufen eheliche Söhne eines Wadowicer Haus- oder Grundbesizers oder eines dortigen Gewerbsmannes, welche die Unterrealschule in Wadowice oder die Realschule in Krakau oder Lemberg besuchten, mittelst und von tadelloser Aufführung sind und die bereits besuchten Schulen wenigstens mit der ersten Fortgangsklasse beendigt haben. Die Dauer des Stipendien-Genusses erstreckt sich auf alle Jahrgänge an den obgenannten Realschulen. Die Gesuche um Erlangung dieses Stipendiums sind bezeugt mit den Documenten sowohl über die obangeführten, als auch über die anderweitigen zur Erlangung eines Stipendiums gefällig vorgeschriebenen Erfordernisse bis 15. April 1863 bei der k. k. Statthalterei-Commission in Krakau einzubringen. Von der k. k. Statthalterei-Commission. Krakau, am 17. Februar 1863.

Meteorologische Beobachtungen. Table with columns: Tag, Barom.-Höhe, Temperatur, Specificische Feuchtigkeit, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Aenderung der Wärme im Laufe der Tage.

obronę sobie wybrał i o tém ces. król. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaczy musiał. Kraków, dnia 16 Lutego 1863.

Obwieszczenie. (130. 3)

Ces. król. Urząd powiatowy w Wadowicach, jako Sąd rozpisuje niniejszém na wniesienie Wincentego Spytkowskiego de praes. 10 Grudnia 1862, L. 4251 c. celem zaspokojenia tegoż z nakazu płatniczego c. k. Sądu krajowego Krakowskiego jako wekslowego i handlowego z dnia 16. Września 1861 L. 16496 pochodzącój kwoty 125 zlr. a. w. z proc. zwłoki po 6 od 100 od dnia 13 Czerwca 1861 kosztów sporu w ilości 6 zlr. 97 c., 2 zlr. 93 c. i 18 zlr. 40 c. a. w. egzekucyjną sprzedaż w drodze publicznej licytacji do dłużnika Józefa Wiatrowskiego za świadczeniem ks. Dom. VI. str. 211 C. III. her. należących i według aktu sądowój detaksacyi na 313 zlr. 44 c. a. w. oszacowanych 229/240 części realności drewnianej w Wadowicach przy ulicy Zatorską z Piaskową łączącój pod N. d. 92 star. 140 now. położonój pod warunkami w tutejszój registraturze przejrzanemi być mogącemi na terminach za świadczeniem Sądzie na dzień 11. Marca i 8. Kwietnia 1863 o godzinie 10 zrana odbyć się mających.

Za cenę obwołania tój realności stanowi powyższą jej cenę szacunkową poniżej której przy tych terminach sprzedaną nie będzie a za wadyum kwotę 62 zlr. w. a., która do rąk komisji złożona, po odbytej licytacji nabywcy zatrzymaną zostanie. Wyciąg tabularny i akt detaksacyi powyższój realności mogą być niemniej każdego czasu w tutejszój registraturze przejrane.

W końcu dodaje się, że się tym, którzyby już po rozpianiu tój licytacji do tabuli weszli, lub o tójże w przynależnym czasie uwiadomieni być nie mogli, p. Notaryusza Dra. Haasa kuratorem do aktu ustanawia. Wadowice, dnia 10. Lutego 1863.

Wezwanie wierzycieli pod firmą „A. H. Heidenfeld.“

Wierzyciele masy ugodnej pod firmą „A. H. Heidenfelda“ wezwani zostają, aby pretensje swe z jakiegokolwiek tytułu pochodzące, a podpisanego najdalej po dzień 14 Marca 1863 r. włącznie, piśmiennie zgłosili, gdyż w razie przeciwnym — na przypadek zawarcia układu z wierzycielami, o ile ich wierzycielności nie opierałyby się na prawie zastawu, z pretensjami swemi oddalonemi zostaną, podpadając zarazem rygorom §§. 35, 36, 38, 39 Ustawy z d. 17 Grudnia 1862, L. 97, Dz. P. P. Kraków, dnia 11 Lutego 1863. (124. 5) Stefan Muczkowski, Notaryusz jako delegowany komisarz sądowy.

Józef Eisenberg w Tarnowie!

PP. Wierzycieli firmy „Joseph Eisenberg“ wzywam, aby w postępowaniu ugodném uchwala c. k. Sądu obwodowego z dnia 27. Grudnia 1862, l. 20529 wprowadzoném, pretensje swe z byle jakiego tytułu pochodzące, najdalej do dnia 15 Marca 1863 u podpisanego tem pewni piśmiennie zgłosili się, gdyż przeciwnym razie gdyby ugoda do skutku przyszła, od zaspokojenia z wszystkiego postępowaniu ugodnemu podlegającego majątku, o ile ich pretensje prawem fantu pokryte nie są, wykluczeni by byli i skutkom w §§. 35, 36, 38, 39 prawa z dnia 17 Grudnia 1862 D. P. P. XLII Nr. 97 oznaczonym ulegliby. Tarnów, dnia 13 Lutego 1863. Bronislaw Ramult, c. k. Notaryusz jako komisarz sądowy.

Mädchen-Pensionat.

Unter Pensionat für Mädchen jeglichen Alters erlaubet wir uns Eltern monatlichen Glaubens aufs beste zu empfehlen. Für geistige und physische Ausbildung wird die gewissenhafteste Sorgfalt getragen und wird im Hause auch die englische und französische Sprache als Conversations-sprache geführt. Auf Verlangen können wir uns die ersten Empfehlungen zur Seite stellen.

Geschwister Flatau. (137. 1) Breslau, Friedr. Wilhelm-Straße 76. Vom 2. April c. ab vis-à-vis Nro. 1.

Wiener Börse-Bericht

Table with columns: Geld Waare, National-Anlehen, Renten-scheine, Grundrenten-obligationen, Actien (pr. St.), Nationalbank, Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, etc.

Table with columns: Nationalbank, Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, etc. (continued from previous table)

Table with columns: Nationalbank, Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, etc. (continued from previous table)

Table with columns: Nationalbank, Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, etc. (continued from previous table)

Table with columns: Nationalbank, Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, etc. (continued from previous table)

Table with columns: Nationalbank, Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, etc. (continued from previous table)

Table with columns: Nationalbank, Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, etc. (continued from previous table)

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

Table with columns: Abgang, Ankunft, Krakau, Wien, Breslau, etc. (continued from previous table)